

## Mündliche Ergänzungen zur Vorlage 199/14

### Ratssitzung am 8. April 2014

Siegmar Schridde, Stabsstelle Bürgerengagement der Stadt Rheine

Sehr geehrte Damen und Herren,

im zweijährigen Turnus berichtet die Stabsstelle Bürgerengagement (BE) über ihre Arbeit.

Drei Ergänzungsfolien zur Vorlage sollen in der heutigen letzten Ratssitzung dieser Wahlperiode dazu dienen, den aktuellen Entwicklungsstand kommunaler Engagementförderung darzustellen, über die Arbeitsschwerpunkte der Stabsstelle zu informieren sowie Perspektiven für mögliche Handlungsansätze des neuen Rates aufzuzeigen.

Zuvor ist es mir wichtig anzumerken, dass die Arbeit der Stabsstelle nicht als „Insel“ zu sehen ist. Bei allen Projekten und Impulsen wird auf eine enge Zusammenarbeit sowohl verwaltungsintern mit den Fachbereichen, als auch mit den lokalen Akteuren außerhalb der Verwaltung geachtet. Letztendlich ist die Vorlage daher auch als Lagebericht des vielfältigen Engagements der Bürgerinnen und Bürger sowie den Aktivitäten zur Engagementförderung der Verwaltung insgesamt zu sehen.

Die Stabsstelle sieht sich in erster Linie als Unterstützerin, Netzwerkerin und als Impulsgeberin – und zwar immer dort, wo ein Bedarf formuliert oder erkannt wird.

### Politikfeld „Kommunale Engagementförderung“ heute

Die erste Folie soll Ihnen einen Überblick geben, wie sich das Politikfeld „Kommunale Engagementförderung“ in den letzten Jahren auf den unterschiedlichen staatlichen Ebenen entwickelt hat.

|      | Kommune  | Land   | Bund   |
|------|--|--|--|
| 1990 |  | <b>Baden-Württemberg</b>   |  |
| 1991 | <b>Nürtingen (Bürgerhaus)</b>  |  |  |
| 1997 |  | Bremen<br>Saarland   | <i>Netzwerk Bertelsmann Stift.<br/>KGSt-Bericht BE</i>   |
| 2000 | Viernheim Bürgerkarawane<br>München Forum BE   | Mecklenburg-Vorpommern<br><b>Nordrhein-Westfalen</b><br>Sachsen Hamburg Hessen<br>Niedersachsen Schl.-Holst. |  |
| 2002 | Mülheim Centrum BE<br>Augsburg Bündnis für<br>Hannover Bürgemitwirkung<br>Essen Bürgerkommune<br>Potsdam Bürgerkommune | Thüringen<br>Bayern  | <b>Bundesnetzwerk BE<br/>Enquete-Kommission<br/>des Bundestages<br/>Unterausschuss BE<br/>beim Bundestag</b> |
| 2005 | Köln Netzwerk BE<br><b>Rheine Stabsstelle BE</b>   | Berlin Brandenburg<br>Rheinland-Pfalz<br>Sachsen-Anhalt  |  |
| 2008 | Arnsberg Geschäftsstelle BE<br>Emsland Landkreis, Netzwerk BE  |  |  |
| 2010 |  | <i>Entwicklungswerkstatt für<br/>20 Kommunen in NRW</i>  | <b>Engagementstrategie<br/>der Bundesregierung</b>   |
| 2014 |  |  | <i>KGSt-Bericht<br/>Bürgerkommune</i>  |

Förderung des Ehrenamtes  
als Staatsziel verankert:  
Baden-Württemberg (2000)  
Bayern (1.1.2014)  
Hessen (geplant)

Das 1997 gestartete Kommunennetzwerk der Bertelsmann Stiftung sowie auch der Grundsatzbericht der KGSt (Fachverband für kommunales Verwaltungsmanagement) „Bürgerengagement – Chancen für Kommunen“ im Jahr 1999 lieferten bundesweit erste Impulse und Erkenntnis für Städte und Gemeinden.

Der Bundestag gab dem Thema durch den Einsatz einer Enquetekommission zur „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ Ende 1999 ein besonderes Gewicht. Die Eröffnung kommunaler „Ehrenamtsbüros“ war nur eine von vielen Empfehlungen im Abschlussbericht dieser Kommission im Jahr 2002.

Im Zuge der Kommissionsarbeit gründete sich auch das Bundesnetzwerk Bürgergesellschaftliches Engagement (BBE) als Zusammenschluss von Akteuren aus Bürgergesellschaft, Staat und Wirtschaft. Darüber hinaus wurde 2003 auch ein Unterausschusses für BE beim Bundestag eingerichtet.

2010 beschloss die Bundesregierung eine Nationale Engagementstrategie mit den Zielen, Engagement fördernde Vorhaben zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft besser aufeinander abzustimmen und in jeder Legislaturperiode einen Engagementbericht vorzulegen.

In Kürze veröffentlicht die KGSt einen Folgebericht unter dem Titel „Leitbild Bürgerkommune – Entwicklungschancen und Umsetzungsstrategie“, an dem auch die Stabsstelle der Stadt Rheine mitwirkte.

---

Unterstützung und Motivation fanden und finden die Kommunen naturgemäß eher bei ihren Ländern. Als Musterland ist hier Baden-Württemberg zu nennen, das schon 1990 eine Geschäftsstelle für Bürgerengagement einrichtete und damit Engagementförderung als Querschnittsaufgabe etablierte. Mit Ausnahme von Bremen und dem Saarland zogen die anderen Länder erst ca. 10 bis 15 Jahre später nach.

In Nordrhein-Westfalen wurde 1999 ein eigenes Referat eingerichtet. Dieses Referat hat 2011 auch ein sehr motivierendes Qualifizierungsformat für Kommunen aufgelegt: 20 Kommunen wurde es bisher in einer Entwicklungswerkstatt ermöglicht, individuelle kommunale Engagementstrategien zu entwickeln.

Heute gewinnt das Thema noch eine zusätzliche Bedeutung, denn die Länder beschäftigen sich vermehrt damit, die Förderung des Ehrenamtes als Staatsziel zu verankern. Vorreiter war hier im Jahr 2010 auch wieder Baden-Württemberg. In Bayern ist die Förderung des Ehrenamtes mit Wirkung zum 1.1.2014 als Staatsziel verankert worden und das Land Hessen will folgen, so die Aussagen im aktuellen Koalitionsvertrag zwischen der CDU und Bündnis 90/Die Grünen.

---

In den Kommunen - dem eigentlichen Wohnsitz des Bürgergesellschaftlichen Engagements, wie in einem Fachaufsatz kürzlich trefflich beschrieben wurde war der Ausgangspunkt auch wieder in Baden-Württemberg. Und dort die Stadt Nürtingen, die mit dem Konzept eines zentralen Bürgertreffs als kommunales Zentrum für Zivilgesellschaft bundesweit bekannt und prämiert wurde – und noch heute als Vorbild zu sehen ist: Mit dem „Zwei Säulen Modell“ Engagement- und Beteiligungsförderung

In NRW können als Vorreiter die Städte Essen, Mülheim, Arnsberg, Köln und Rheine gesehen werden.

---

Es gab in der Vergangenheit viele Anlässe und Möglichkeiten für Städte und Gemeinden das Thema auf die Agenda zu setzen. Besonders aber die Sichtweise, dass kommunale Engagementförderung eher als „freiwillige“ Aufgabe gesehen wurde, war oft Grund genug, nicht darauf zu setzen.

Die Aussagen dieser Folie machen deutlich, dass die Förderung von Bürgerengagement sich zwischenzeitlich hin zu einer „Pflichtaufgabe“ wandelt.

## Engagementbereiche im Fokus

Ich komme zur 2. Folie, in der die Engagementbereiche aufgeführt sind, die im besonderen Fokus der Stabsstellenarbeit der kommenden 2 Jahre stehen.

### Engagementbereiche im Fokus 2014/2015

|   |                                      |
|---|--------------------------------------|
| <b>Politisches Ehrenamt</b> <ul style="list-style-type: none"><li>- Dialogveranstaltung mit dem neuen Stadtrat am 22. August 2014</li><li>- Stammtische / Stadtteilforen?</li><li>- Lust aufs Mitmachen über gemeinsame Veranstaltungsformate wecken?</li></ul> | <i>Demokratie stärken</i>            |
| <b>Vereinsvorstände</b> <ul style="list-style-type: none"><li>- Durchführung einer umfangreichen Befragung unter den über 400 Vereinsvorständen</li><li>- Tageskonferenz für Vereinsvorstände Anfang 2015</li></ul>   | <i>Netzwerke fördern</i>             |
| <b>Soziales Engagement</b> <ul style="list-style-type: none"><li>- Aufbau eines Netzwerkes „mobile (ehrenamtliche) Besuchs- und Servicedienste“</li><li>- 3. Stadtteilwettbewerb Ende 2015</li></ul>  | <i>Nachbarschaft wiederentdecken</i> |

### Das politische Ehrenamt

genießt in der Bevölkerung nicht immer die gleiche Anerkennung wie andere Ehrenämter – leistet jedoch einen unverzichtbaren Beitrag für das Zusammenleben in unserer Stadt. Die Stabsstelle BE steht zur Verfügung, um Formate zu entwickeln, um ein „Lust aufs politische Mitmachen“ zu wecken - mit dem Ziel: die Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung sowie die Entscheidungswege zu Beschließen sichtbar zu machen.

Ein gemeinsames Handeln in diesem Engagementbereich würde die repräsentative Demokratie stärken, denn sie lebt vom Engagement der Menschen, die gewählt werden und von mehr Menschen, die bereit sind, sich auch wählen zu lassen. Als Auftakt zu sehen ist eine Dialogveranstaltung mit den Mitgliedern des dann neu zusammengesetzten Rates und den Entscheidungsträgern der Verwaltung am 22. August 2014. Freuen dürfen sich die Teilnehmer(innen) auf die Vortragszusage von Dr. Konrad Hummel, ein leidenschaftlicher Vordenker zum Thema „kommunale Enga-

gamentförderung“ und maßgeblicher Wegbereiter der Engagementförderung im Land Baden-Württemberg sowie Initiator des Bündnisses für Augsburg.

### Vereinsvorstände

Die über 400 registrierten Vereine sind, das ist klar, ein wichtiger Faktor der Engagementkultur in Rheine. Sie unterliegen aber ebenso den raschen gesellschaftlichen Veränderungen und Problemen, wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Vereinnahmung als Dienstleister, Nachwuchsprobleme, nachlassendes Gemeinschaftsgefühl oder bürokratische Hürden im Vereinsalltag sind dazu die Stichworte.

Die Stabsstelle wird in Kürze in einer Umfrage, Probleme benennen lassen und in einer Konferenz eigens für Vereinsvorstände – geplant im Frühjahr 2015 – Qualifizierungen anbieten und Lösungsmöglichkeiten im Netzwerk diskutieren.

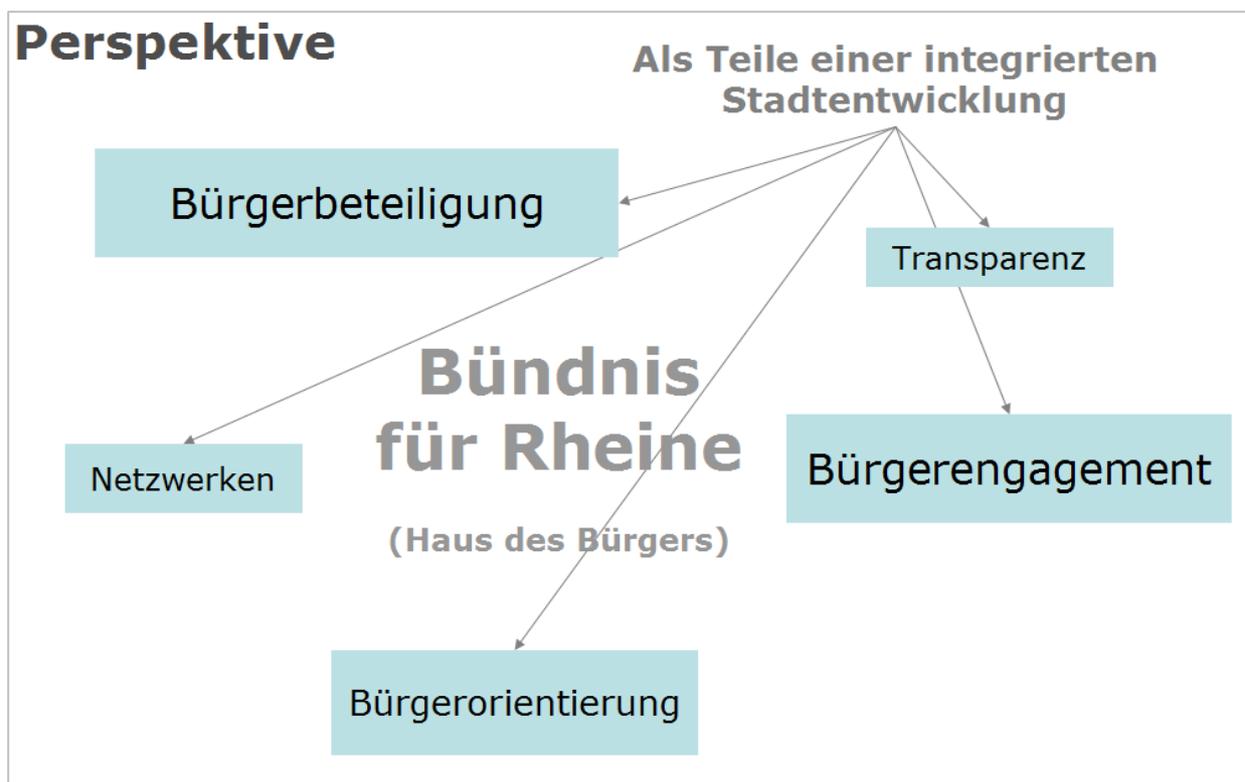
### Soziales Engagement

Ausgehend vom erfolgreichen modellhaften Quartiersprojekt „Selbstbestimmter Bürgertreff“ im Basilika Forum (*ein Praxisbericht ist Ihnen dazu heute vorgelegt worden*), welches bereits Strahlkraft in andere Stadtteile erzeugt hat, bietet die Stabsstelle ihre Mitarbeit an, weitere soziale Netzwerke aufzubauen – immer mit dem Ziel Doppelstrukturen zu vermeiden und eine Win-Win-Situation für die unterschiedlichen Akteure zu schaffen.

Auch die dritte Auflage des Stadtteilwettbewerbs, geplant Ende 2015, soll wieder dazu beitragen, Menschen und Organisationen über Projekte zusammenzubringen – zur Stärkung des Gemeinwohles.

## **Perspektive**

Im dritten und letzten Punkt möchte ich eine Perspektive zur Weiterentwicklung der lokalen Bürgergesellschaft in Rheine aufzeigen:



In der gerade beschlossenen Fortschreibung des Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzeptes (IEHK) ist der „Ausbau des bürgerschaftlichen Engagements“ als Querschnittsziel für eine nachhaltige Stadtentwicklung definiert worden.

Beachtet werden muss hierbei, dass dieser Ausbau auf zwei Säulen beruht: Der Engagementförderung und der Bürgerbeteiligung. Sie sind in der Ausgestaltung und Wirkung zwar miteinander verbunden, jedoch in der strategischen Ausrichtung unabhängig voneinander zu betrachten. Falls zukünftig Konsens darüber bestehen sollte, Bürgerbeteiligung als Handlungsprinzip in Rheine auszuweiten, sind die strategische Ausrichtung und die Festlegung von Standards zuvor natürlich in einem gemeinsamen Prozess zu entwickeln und zu vereinbaren.

Werben möchte die Stabsstelle dafür, ein Bündnis für Bürgerengagement zu diskutieren. Hier sind Impulse und Signale aus der Politik und von den maßgeblichen Akteuren des lokalen dritten Sektors und auch aus der Wirtschaft gefragt, um Chancen zur Umsetzung dieser Perspektive auszuloten.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und für die positive Begleitung unserer Engagement fördernden Arbeit in der jetzt zu Ende gehenden Ratsperiode.